

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/46. Jahrgang

September 2015

Schutzgebühr: 0,40 €



## Friedrich-Feld-Schule: Noch ein Nazi in Gießen geehrt

Die Gießener Kaufmännische Berufsschule wurde 1966 nach dem Wirtschaftsprofessor Friedrich Feld benannt. Feld hatte diese Schule 1922 als Nachfolgerin einer privaten Fachschule des Gießener Kaufmännischen Vereins gegründet. Später wurde er außerordentlicher und dann ordentlicher Professor in Berlin. 1945 kam er, kurz vor Kriegsende, bei einem Bombenangriff ums Leben. Seinen beruflichen Aufstieg verdankt er wahrscheinlich der Tatsache, dass er sich gleich nach der Machtübergabe an die Nazis zu den neuen Machthabern bekannte. Er unterzeichnete das „Bekennnis deutscher Professoren zu Adolf Hitler“ und trat in die SA ein, 1936 wurde er auch Mitglied der NSDAP.

Das alles war auch schon zur Zeit der Namensgebung bekannt, wurde aber als unwichtig angesehen.

Erst jetzt beginnt man in der Stadt, einen solchen Namen kritischer zu sehen. Das Stadtarchiv betreibt Studien zu der Angelegenheit, das Ergebnis soll der Schulkonferenz vorgelegt werden. Diese kann dann über eine Umbenennung entscheiden.

Erst im letzten Jahr wurde bekanntlich das zur Gießener Uni gehörende Otto-Eger-Heim von diesem Nazi-Namen befreit. Die seit langem bekannte Faschismus-Nähe des Namensgebers wurde endlich „neu bewertet“. Die Entnazifizierung Gießens geht wohl ziemlich langsam voran.

Gernot Linhart

## Kommunalwahl 2016: Gemeinsame Kandidatur der Gießener Linken

DKP, Linkspartei und das Linke Bündnis bemühen sich um eine gemeinsame Kandidatur zur Kommunalwahl am 6. März 2016. In ersten Treffen wurde betont, dass künftig gemeinsam um soziale Belange – im Interesse der Arbeitslosen und Geringverdiener – gekämpft werden soll. Ebenso geht es darum, Flüchtlinge aufzunehmen und als Menschen zu behandeln sowie deutlich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufzutreten. Eine Rolle soll die Umwelt spielen und die Finanzierung der anstehenden Aufgaben. Zum letzteren wird die Verfassung des Landes Hessen mit der Forderung nach ausreichender finanzieller Ausstattung der Kommunen genannt. Arbeitsgruppen, zu denen Interessierte um Mitarbeit gebeten werden, haben die Aufgabe, bis Ende des Jahres ein Programm zu erarbeiten. Dann soll auch die Kandidatenliste aufgestellt werden, wobei

der Kreis der Kandidierenden über die Mitgliedschaft der drei Organisationen hinaus gehen soll. Sie soll unter dem Namen "Gießener Linke" antreten, entsprechend der Praxis in anderen Städten.

DKP intern: Die DKP Hessen ringt darum, vor allem jüngere Mitglieder zur Kandidatur zu bewegen. Es sollen Genossinnen und Genossen sein, die offen auch an Infoständen für die Politik der DKP auftreten und ihre Erfahrungen aus Bündnissen und Initiativen einbringen. Michael Beltz

### Inhalt:

Griechenland	S.2
Herdprämie/LaGa-Kosten	S.3
Kita-Streik	S.4
Faschistischer Straßenterror/Hartz IV	S.5
Blau-Weiß/Aufruf gegen Kriegsgefahr	S.6
Kuba - USA: einseitige Aggression	S.7
Termine	S.8

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Tsipras will den Kapitalismus besser verwalten

Die Aufregung hielt sich in Grenzen, als der griechische Premierminister am Donnerstagabend zur besten Sendezeit über sämtliche TV-Kanäle des Landes seinen Rücktritt ankündigte. Kein Entsetzen bei den führenden Politikern der EU, keine Krisensitzungen bei der Europäischen Zentralbank oder der Eurogruppe. Aus gutem Grund. Die Flucht nach vorn in Richtung Neuwahlen war nicht nur von langer Hand vorbereitet und über die entsprechenden Kanäle diskret, aber deutlich durchgesickert. In den politischen Führungsetagen der EU und der wichtigsten Mitgliedstaaten war man schon längst zu dem Schluss gekommen, dass dieser Schritt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die beste Garantie dafür ist, dass alles so weitergehen kann wie bisher. Die sog. Radikale Linke Griechenlands, das seit den vorigen Wahlen zu einer Partei zusammenge kittete Wahlbündnis SYRIZA, verfolgt unter der Führung von Alexis Tsipras ein Ziel: Übernahme der Regierung und vor allem des Chefsessels, und das um jeden Preis. Dafür wurden alle Register der Demagogie gezogen, wurde den Wahlberechtigten in Griechenland der Himmel auf Erden versprochen. Griechenland sollte aus den Fängen der »Troika« befreit werden, das Schuldenproblem sollte quasi im Handumdrehen gelöst werden, es werde mehr Arbeitsplätze und mehr Lohn geben, und natürlich auch höhere Renten, und Privatisierungen von Staatseigentum wollte SYRIZA verhindern oder sogar rückgängig ma-

chen. Alles das ist nachzulesen in den Wahlversprechungen und dann auch noch im Regierungsprogramm. Eingetreten ist genau das Gegenteil. Und nicht nur das. Tsipras hat es sogar geschafft, ein mehrheitliches Nein der Wähler zu den Auflagen der »Troika« – die in »die Institutionen« umgetauft wurde – innerhalb von Stunden in ein Ja zu noch härteren Auflagen zu verwandeln. Diese Auflagen dann auch noch akzeptiert zu haben, interpretiert der »Hoffnungsträ-

seine angebliche Vision von einem »sozial gerechten Europa« von der Kanzel predigte. Bisherige Umfragen lassen vermuten, dass SYRIZA erneut als stärkste Kraft aus dem nur vierwöchigen Wahlkampf hervorgehen wird. Und in seiner zweiten Amtszeit – damit rechnen vor allem die Bestimmer in EU-Europa – wird Tsipras dann mit einem erneuerten Mandat die verschärften Austeritätsmaßnahmen durchsetzen, die bisher auf den Herbst verschoben worden waren.

Der Ausverkauf Griechenlands, das Ausbluten der Wirtschaft werden noch konsequenter fortgesetzt, den arbeitenden Menschen, den Arbeitslosen, den Rentnern wird noch tiefer in die Tasche gegriffen. Die deutsche Partei Die Linke erklärte gestern, »die Linke in Deutschland und Europa« werde weiterhin »solidarisch hinter Alexis Tsipras« stehen, der angeblich der EU den Kampf angesagt habe. Es ist an der Zeit zu

erkennen, dass die Politik von SYRIZA lediglich eine Kampfansage gegen die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen darstellt, denn Herr Tsipras hat in den wenigen Monaten seiner Regierungszeit bewiesen, dass er den Kapitalismus nicht nur anders, sondern sogar besser verwalten will als seine Vorgänger. Dazu will er jetzt eine weitere Amtszeit.

*Ein Kommentar von Uli Brockmeyer im Organ der KP Luxemburg, [Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek](#)*



ger« vieler gutmeinender Linker in Europa dann auch noch als Erfolg seiner Verhandlungen.

Wegbegleiter und Wegbereiter wurden bereits reihenweise entsorgt. Der nächste Schritt auf diesem Weg sind die von Tsipras angestrebten Neuwahlen im September, zu denen es nach seinem Rücktritt faktisch keine Alternative gibt. Innerparteiliche Aufmucker haben keine Chance, auf die Kandidatenliste zu kommen. Schon seine Rücktrittsrede war eine Wahlkampfreden, in der er gleich wieder

## Unsere Solidarität gegen ihr Memorandum

„Keiner bleibt allein“ – unter diesem Slogan organisiert die Gewerkschaftsfront PAME gemeinsam mit den kämpferischen Organisationen der Bauern und Selbstständigen, der Frauen und der Studierenden die Solidarität gegen die neuen Angriffe auf die Bevölkerung.

### Die DKP ruft auf: Spenden für PAME – den Widerstand in Griechenland unterstützen

Solidarität mit der Arbeiterbewegung in Griechenland heißt an allererster Stelle, den Widerstand hier im Land zu stärken. Es heißt auch, deutlich zu machen: Die arbeitenden Menschen hier und in Griechenland haben die gleichen Interessen und denselben Gegner. Um gegen die Privatisierung der griechischen Regionalflughäfen zu protestieren, richtete die DKP Düsseldorf ein Solidaritätsschreiben an die Beschäftigten des Flughafens in Chania auf Kreta. Denn Düsseldorf hat Erfahrungen mit der Teilprivatisierung des Flughafens. Zum Beispiel ist die Kofferkontrolle an den Sicherheitsmonopolisten Kötter vergeben worden – mit Arbeitshetze und niedrigen Gehältern bezahlen die Beschäftigten für die Privatisierung. Solidarität heißt aber auch: Geld. Für die Solidaritätsarbeit und für den Widerstand von PAME und den anderen Organisationen des Volksbündnisses hilft jeder Euro.

### Spenden an:

DKP-Parteivorstand, GLS Bank Bochum Konto-Nr. 4002 487 501, BLZ 430 609 67, IBAN DE63 4306 0967 4002 4875 01, BIC: GENODEM1GLS Stichwort: PAME

# CDU will Herdprämie beibehalten

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die „Herdprämie“ abgeschafft wurde, wird in Hessen allenthalben begrüßt. Dennoch besteht die CDU darauf, diese Gelder



weiter auszuzahlen, statt sie in den notwendigen Ausbau und die Verbesserung der Kitas zu stecken. Von Beginn an war das „Betreuungsgeld“ für Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken, umstritten. Es hieß, dass Kinder aus sog. „bildungsfernen Familien“ von ihren Eltern zuhause gelassen würden, um die 150 Euro monatlich einzustreichen.

Dieses Argument scheint gut gemeint, ist aber schief und diskriminiert arme Menschen (jedes fünfte Kind in der BRD ist arm).

Denn dieser Personenkreis bekommt weder Kindergeld noch Betreuungsgeld, das wird alles mit Hartz-IV verrechnet und sofort wieder abgezogen. 386.483 Personen erhielten Ende 2014 Betreuungsgeld; gleichzeitig leben 2,1 Millionen Kinder in Armut. Umgerechnet sind das etwa 850.000 Kinder im Vorschulalter, die – auch wenn sie nicht in die Kita gingen – nichts bekommen.

Im Gegenteil, der „Sozialstaat“ raubt ihren Eltern und damit auch ihnen mit seinen Hartz-IV-Sanktionen noch das Nötigste zum Leben.

Ziel des Betreuungsgeldes war es vielmehr, Frauen an Kind und Küche zu binden, um die Arbeitsplatzstatistik zu schönen und die Kitas zu entlasten.

Bekanntlich besteht seit zwei Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und seit 1996 bereits auf einen Kita-Platz – auf dem Papier. Tatsächlich reichen die vorhandenen Einrichtungen nicht aus.

Eine Klage von Eltern, die für ihre Kinder keinen Platz gefunden haben, wurde vom Oberlandesgericht Dresden abgewiesen. Soviele zum „Rechtsanspruch“.

Erika Beltz



neulich in der Wieseckau

## Werden die realen Kosten der LaGa genannt?

In einem sehr detaillierten Fragenkatalog verlangt der Stadtverordnete Michael Janitzki (Linkes Bündnis) vom Magistrat Auskunft über die realen Kosten der Landesgartenschau.

Da es nur noch ein halbes Jahr bis zu den nächsten Kommunalwahlen ist, steht zu befürchten, dass der Magistrat über das finanzielle Endergebnis der Landesgartenschau schweigen möchte, dessen Besucherzahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Jetzt muss er Farbe bekennen: Über die Höhe des Investitionszuschusses, die Kosten der Brücke Sudetenlandstraße/Weststadt, Aufwertung der Lahnaue und der „Korridore“, Fußgängerüberquerung Ostanlage, Verlegung der Spielvereinigung Blau-Weiß und des Schulverkehrsgartens bis hin zu den „internen Kosten“ soll der Magistrat die exakten Zahlen benennen. Man darf gespannt sein.

Des Weiteren wurde beantragt, diese Anfrage mit den Antworten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtparlaments zu setzen. Die findet am Donnerstag, dem 8. Oktober, um 18 Uhr im Rathaus statt.

In eine Endabrechnung sollte auch der Einnahmenverlust der Stadtwerke im Bereich des Freibads einfließen, das nicht nur LaGa-Besucher, sondern auch alle Studierenden kostenlos besuchen durften.

## 29.8.: Christopher-Street-Day in Gießen



Etwa 300 Menschen trafen sich am 29. August am Berliner Platz zum Mittelhessischen Christopher-Street-Day. Von dort zogen sie in einem bunten Zug durch die Stadt, um für Toleranz und gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung, zu demonstrieren. - Danach ging es zum Straßenfest auf den Kirchenplatz.

## Kita-Streik: Schlichtungsspruch abgelehnt Solidarität mit Beschäftigten geht weiter

Der Arbeitskampf der Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsberufen sollte mit einem Schlichtungsspruch beendet werden, Gewerkschaftsvorstände und Tarifkommissionen hatten den Mitgliedern die Annahme empfohlen. Die aber stimmten mit 60 bis 70 % dagegen.

Das Ergebnis ist eine Ohrfeige für die Vorstände und Kommissionen der Gewerkschaften ver.di, GEW und Beamtenbund und auch für die Schlichter. Sie alle wollten anscheinend überhaupt nicht verstehen, warum es den Streikenden ging, sonst hätten sie sich nicht eingebildet, die Betroffenen ließen sich mit etwas mehr Geld abfertigen und für die nächsten 5 Jahre ruhigstellen (solange sollte der Tarifvertrag gelten). Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsweisen sind bei vergleichbarer Ausbil-

dung und Erfahrung schlechter eingestuft als Angestellte im technischen und kaufmännischen Bereich – diese Diskriminierung sollte abgeschafft werden.

Jeder Abschluss, der nicht mindestens einen Fahrplan in diese Richtung enthält, sollte keine Chance auf Annahme haben. Örtliche Kommunalpolitiker äußern oft Verständnis für das Anliegen ihrer Beschäftigten, dann sollten sie ihre Verhandlungskommission auch entsprechend beeinflussen.

Besonders schäbig verhält sich der Gießener Magistrat gegenüber den vom Streik betroffenen Eltern. Sie nehmen die Ablehnung des Schlichterspruches zum Anlass, die ohne Gegenleistung gezahlten Gebühren noch nicht zurück zu zahlen.

Gernot Linhart

## Ein Chamäleon namens Herbert

Der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai fällt seinen früheren Kolleginnen in den Rücken: "Eine Gewerkschaft darf ihren Mitgliedern nicht den Eindruck vermitteln, dass eine Forderung von zehn Prozent in einer Tarifrunde durchgesetzt werden kann", meinte er im August. Dass es in diesem außergewöhnlich kämpferischen Streik hauptsächlich um die Aufwertung der sozialen Berufe ging, ließ er unerwähnt. Mai ist - wie andere Vorsitzende von DGB-Gewerkschaften nach und vor ihm hat er die Seiten gewechselt. - 2000 kehrte er seinen Kolleginnen und Kollegen den Rücken und zog in den Vorstand von Fraport, wo er u.a. auch leitende Funktionen im Verband Kommunaler Arbeitgeber innehatte. - Wes Brot ich ess, des Lied ich sing...



Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50

## Kapitalisten: Zurück ins 19. Jahrhundert

Die Dreistigkeit, mit der Unternehmerverbände in Jahrzehnten erkämpfte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen rückgängig machen, kennt keine Grenzen. Jetzt wollen sie die im Arbeitszeitgesetz festgelegte Höchstarbeitsdauer von 10 Stunden am Tag abschaffen. Die Beschränkung sei auf Grund der Digitalisierung und Globalisierung nicht mehr zeitgemäß. Dabei haben sie sogar recht, allerdings im gegenteiligen Sinne. Die immer höhere Produktivität würde viel kürzere Arbeitszeiten möglich machen, die Höchstarbeitszeit könnte locker auf 8 Stunden gesenkt werden. Die Unternehmer wollen mit der Produktivität des 21. Jahrhunderts zurück zu den Arbeitszeiten des 19. Jahrhunderts. Dem Klassenkampf von oben muss Druck von unten entgegengesetzt werden – auf den Gesetzgeber können wir uns bei der Abwehr solcher Angriffe nicht verlassen. G.Linhart



# Konstantin Wecker zum faschistischen Straßenterror

## Wem spielen die Nazis in Heidenau in die Hände?

"... 70 Jahre nach dem Hitlerfaschismus, der wohl grausamsten Epoche der Menschheitsgeschichte, nutzen unbelehrbare Rassisten die Flüchtlingsdebatte für ihre menschenverachtenden Zwecke. Was für ein Schock für asylsuchende, verzweifelte Menschen muss allein schon aus ästhetischen Gründen der Anblick dieser geballten Hässlichkeit sein. Nazis, »besorgte Bürger«, Fremdenhasser, Rassisten – ihr seid keine Heilsbringer des deutschen Volkes, als die ihr euch gerne seht – ihr seid unsere Schande. Und die Frage sei gestattet, warum nur ein einziger dieser Gewalttäter verhaftet wurde. Angesichts der

Übergriffe auf Demonstranten in den vergangenen Jahren und der »Knüppel aus dem Sack«-Methode, mit der z.B. die Gegner von Stuttgart 21 eine sehr wörtliche Auslegung des Begriffs »Gewaltmonopol des Staates«

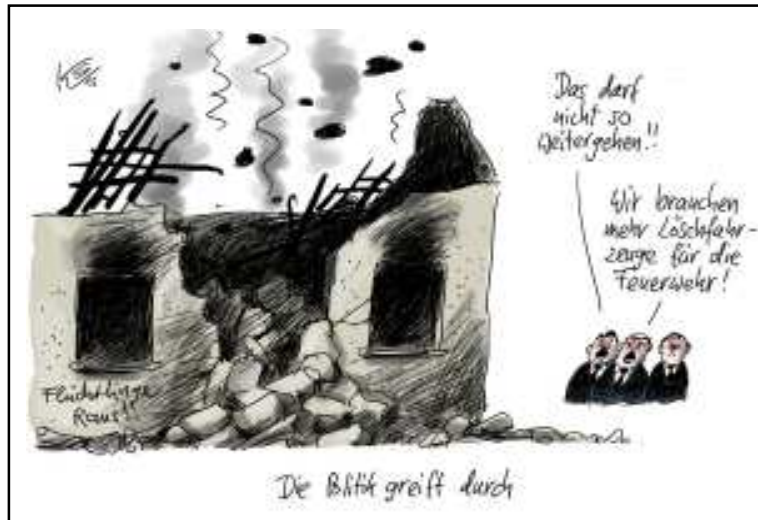
buchstäblich am eigenen Körper erleben durften – so ein kluger Leserkommentar in der SZ – kann man sich den Seitenhieb nicht verkneifen, dass man friedliche Demonstranten ja auch mit Wasserwerfern und Pfefferspray be-

schießen und sie zusammenschlagen kann.

Warum also nicht auch Straßenschläger und Hooligans?

Spielen die etwa gewissen Interessen in die Hände?

Sind vielleicht die entsetzten Aufschreie mancher Politiker nur Lippenbekenntnisse? Warum eigentlich schweigt unsere Kanzlerin?"



## Hartz IV: Jobcenter Gießen verkündet sozialen Frieden

Etwa 4.5 Millionen Menschen müssen in der BRD von den völlig unzureichenden Sätzen des Arbeitslosengeldes 2, bzw. Hartz IV leben: 399 Euro für Alleinstehende, 360 Euro für den Partner, 234 bis 302 Euro für Kinder bis 18 Jahren, 320 Euro für Kinder bis 25 Jahren.

Im Kreis Gießen gab es im vergangenen Jahr 18.528 Bezieher von Hartz IV, etwa 4.500 davon ununterbrochen seit 2005.

### Sanktionen drohen jedem

Die Auszahlung dieser Gelder ist jedoch keineswegs gewährleistet. Wer die Forderungen der Job-Center nicht akkurat erfüllt, wird mit Kürzungen bestraft – bis zur vollständigen Streichung.

Mehr als 1 Million solcher Sanktionen wurden im vergangenen Jahr verhängt; durchschnittlich wurden 107 Euro einbehalten, komplett gestrichen wurden die Leistungen für 7.493 Betroffene.

Gut 1.55 Milliarden Euro „sparte“ der Staat in den vergangenen acht Jahren durch die Verhängung solcher Sanktionen ein.

Dass ein menschenwürdiges Leben mit den bestehenden Regelsätzen

nicht möglich ist, haben Sozialwissenschaftler festgestellt. Umso brutaler sind die Lebensbedingungen der „Bestraften“.

### Justiz der Herrschenden

Und die Gerichte, Teile des kapitalistischen Systems, spielen mit: Klagen wegen Verletzung der Menschenwürde (die nach dem Grundgesetz unantastbar sei) werden in der Regel zurückgewiesen.

Sie (ver)urteilen im Sinne der Herrschenden und erkennen für Recht, dass z.B. ein Hartz-IV-Empfänger auch dann bestraft werden kann, wenn er wegen Krankheit (mit ärztlichem Attest) einen Termin versäumt hat (Frankfurt).

Auch die 100%ige Kürzung für sechs Wochen wegen Terminversäumnis wird einem 23jährigen zugemutet, weil es „keinen von Mitwirkungsobliegenheiten unabhängigen Anspruch“ gebe (Leipzig).

Das Gießener Jobcenter sieht sich als Heilsbringer; sein Geschäftsführer Hofmann erklärt jüngst alle vorher mit der Arbeitslosigkeit Befassten zu Deppen, indem er feststellt: „Erst durch die Reform vor zehn Jahren habe die Politik überhaupt erkannt,

wie viele Menschen Arbeit suchen und welchen Hindernissen sie dabei begegnen“ (GAZ, 14.4.15).

### Hartz IV = Armut per Gesetz

Vor 10 Jahren hat „die Politik“ erkannt, wie mit einer systematischen Absenkung der Lohnkosten die Kapitalrenditen erhöht und die Exporte auf Rekord-Niveau getrieben werden können.

Dazu brauchte man Hartz IV, das das Arbeitsrecht revidierte, Leiharbeit und prekäre Beschäftigung in großem Stil etablierte und ein Klima der Angst und Unterwerfung schuf – und das immer mehr Menschen in Armut stürzte. Allein die Zahl der in Armut lebenden Kinder hat sich seit 2004 verdoppelt. 1 Million Menschen müssen wegen niedriger Rente oder Erwerbsminderung vor der Grundsicherung (soviel wie Hartz IV) leben.

Dazu brauchte man die SPD/Grüne Bundesregierung unter Schröder, der es gelang, die Gewerkschaften einzubeziehen.

Heute brüstet sich das Job-Center: *Wir tragen zum sozialen Frieden bei* (s.o.) – wie lange sollen sie das noch tun können?

Erika Beltz

# Blau Weiß Gießen: Wieder zurück in der Ringallee - Ziel weiterhin Kunstrasenplatz

Die Landesgartenschau ging im Oktober 2014 zu Ende und so konnte die Spielvereinigung Blau Weiß Gießen wieder auf „ihren“ Sportplatz in der Ringallee zurückkehren. Zwischenzeitlich war BW auf dem neuen kommunalen Kunstrasenplatz an der Miller Hall untergekommen. Dies war nach langen strittigen Verhandlungen zwischen der Stadt Gießen und dem Fußballverein vertraglich geregelt worden. Zur Erinnerung: Ursprünglich hatte die damalige Jamaika-Koalition vor, den Verein dauerhaft an die Miller Hall umzusiedeln. Dagegen hatten BW und große Teile der Gießener Stadtgesellschaft protestiert.

Sportverbände, Schulen, Kirchen und Parteien wie SPD, DKP, Linkes Bündnis und Linke unterstützten den Verein, der an der Ringallee bleiben wollte. Auch das Gießener Echo berichtete mehrfach darüber. Schließlich wurde mit dem Verein geregelt, übergangsweise an der Miller Hall zu spielen, es wurde ein provisorisches Vereinsheim aus Containern errichtet und die Jugendarbeit mit zwei Kleinbussen unterstützt. Des Weiteren

sollte mit der Stadt vor der Rückkehr zum 1.7.2015 über die Errichtung eines Kunstrasenplatzes verhandelt werden; leider unter dem Vorbehalt der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Gießen.

Mittlerweile sind die Blau Weißen wieder an der Ringallee angekommen und haben erste Spiele bestritten. Zu dem befürchteten Mitgliederschwund ist es nicht gekommen, da die Jugendarbeit dank der Kleinbusse weiter in der bewährten Qualität fortgesetzt werden konnte. Der Verein hat aktuell etwa 300 Mitglieder, 8 Trainer mit Lizenzen, stellt bis auf die A-Jugend alle Altersklassen in der Jugend, hat drei Aktiven Mannschaften gemeldet und stellt fünf Schiedsrichter. Und: Zurzeit befindet sich eine Frauenmannschaft im Aufbau!

BW schaut aber auch über den berühmten Tellerrand hinaus. Der neue Vorstand hat ein Vereinsprogramm entwickelt, in dem sich der Verein bewusst als der Sportverein der Nordstadt bezeichnet. Es bestehen Kooperationen mit Schulen und Kitas und durch die aktive Mitgliedschaft von Kindern, Jugendlichen

und Erwachsenen aus vielen Ländern und Kulturen ist die Integrationsarbeit bei BW schon lange an der Tagesordnung. Mit der Technischen Hochschule (THM) wurde im April dieses Jahres ein weiterer Kooperationsvertrag unterzeichnet. Also eigentlich alles in Ordnung!?

Aus dem von vielen geforderten Kunstrasenplatz ist nichts geworden. Kein Geld da – Schutzschirm! Immerhin gibt es die Zusicherung der Stadt, dass der nächste kommunale Kunstrasenplatz in der Ringallee gebaut wird. Bis dahin wird dann viel Mühe und Geld in die Hand genommen, um den derzeitigen Hartplatz spielfähig zu halten, denn erfahrungsgemäß braucht ein neu angelegter Ascheplatz mehrere Monate, bis er keine Sandkaute mehr ist. Auch Flutlicht und Sprengleranlage haben noch ihre Macken und führten zu einem ersten Spielabbruch, da das Flutlicht seinen Geist aufgab.

Das ehemalige Ausstellungsgebäude der Landesgartenschau ist wie vereinbart in Erbpacht an BW gegangen; im anderen Teil sind der spanische Fußballclub Espanoel, Skater und der Dusch- und Umkleidebereich zu finden.

Dem Verein steht im neuen Vereinsheim ein Tagungsraum zur Verfügung, der viele Möglichkeiten bietet. Eine Vereinsgaststätte (rauchfrei) soll demnächst eröffnet werden, um allen Mitgliedern und Freunden des Vereins einen Begegnungsort anzubieten.

Als Fazit ist zu sehen: Der Verein hat schwere Jahre hinter sich, ist aber guter Dinge, die anstehenden Probleme zu meistern. Und nach wie vor ist ein Kunstrasenplatz das Ziel. Helmut Appel

*Der nachstehende Aufruf zu Fragen von Krieg und Frieden wurde im Juli 2015 vom Deutschen Freidenker-Verband und vom Bundesverband Arbeiterfotografie initiiert und gemeinsam mit anderen Aktiven aus der Friedensbewegung formuliert.*

## **Sagt NEIN, ächtet Aggressionen, bannt die Weltkriegsgefahr!**

Die kriegsbedrohliche Situation eskaliert. Nach Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien wird Krieg gegen Russland vorbereitet. Die Umzingelung Russlands mit Militärbasen, das Vordringen der NATO nach Osten, der Aufbau eines US-Raketenabwehrschildes und „westliche“ Operationen in der Ukraine sind Teil dieser Konfrontation. „Wir sind im Krieg, und dieser Krieg kann total werden“, erklärte der französische Staatspräsident Hollande im Februar 2015. Es besteht die Gefahr eines weiteren Weltkriegs. Wenn sich ein angegriffenes atomares Russland zur Wehr setzt, gilt, was Ex-Staatssekretär Willy Wimmer im November 2014 sagte: dass „von uns nichts mehr übrig bliebe“. Deshalb gibt es für alle Kräfte des Friedens nur eins: sagt NEIN! Deutschland muss aussteigen aus den imperialen Strukturen des Krieges. Ausstieg aus der NATO ist die zentrale Devise. Deshalb fordern wir von Bundestag und Bundesregierung:

**NATO-Vertrag kündigen!...**

**Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte kündigen!...**

**Mit Russland kooperieren!...**

**Eine grundsätzlich andere, friedliche Außenpolitik gestalten!...**

**Die Unterwerfung unter „supranationale“ Instanzen des Finanzkapitals beenden!...**

**DEUTSCHLAND RAUS AUS DER NATO – NATO RAUS AUS DEUTSCHLAND**

Der vollständige Text kann hier nachgelesen und unterstützt werden:

[http://www.neinzurnato.de/?page\\_id=173](http://www.neinzurnato.de/?page_id=173)

## **Es fehlen Kunstrasenplätze**



Schon während des Kommunalwahlkampfes 2011 forderte die DKP mindestens drei neue Kunstrasenplätze in Gießen. Als sinnvoll wurden die Standorte Ringallee, Kleinlinden und Weststadt genannt. Auf dem Foto: das derzeitige Spielfeld von Blau-Weiß



## Kuba - USA: kein "beidseitiges Misstrauen" sondern einseitige Aggression

Die fünf Kubaner, die die USA gefangen gehalten hatten, sind frei. USA und Kuba haben ihre Botschaften in Havanna und Washington eröffnet. Die diplomatischen Beziehungen normalisieren sich – die antikubanische Propaganda und die ideologische Auseinandersetzung nehmen zu. Natürlich wissen die Berichte der Konzernmedien nichts davon, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und den USA nicht etwa von den Kubanern ausging – 1961 beendeten die USA einseitig die Beziehungen. In einem dpa-Artikel zur Eröffnung der US-Botschaft in Havanna am 14. August, der es in mehrere Zeitungen schaffte, hieß es: „US-Invasion in der Schweinebucht, Stationierung von Mittelstreckenraketen im Kalten Krieg, ein immer noch bestehendes Wirtschaftsembargo der USA: Das über Jahrzehnte geschürte Misstrauen beider Seiten sitzt tief.“ In scheinbar objektivem Ton verfälscht der Artikel die Geschichte: Die USA betrieben über Jahrzehnte eine aggressive Politik gegen die sozialistische Insel – mit der Blockade, mit Invasion und Terror, unter anderem allein mit 600 versuchten Attentaten auf den Revolutionsführer und langjährigen Präsidenten Fidel Castro. Kuba hat sich gegen diese Aggression verteidigt – auch im Bündnis mit den anderen sozialisti-

schen Staaten, auch durch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen. Der Hintergrund des angeblich „beidseitigen Misstrauens“ ist eine einseitige Aggression.

Durch die ideologische Brille der Konzernmedien verwandelt sich der Kampf zweier Gesellschaftssysteme in einen ganz unnötigen Streit von sturen Herren. In der „SZ“ war zu lesen, dass Kuba eine „surreale Propagandaschlacht“ gegen die USA betreibt, die an eine „Nachbarschaftsfehde, wie man sie aus Kleingartenkolonien kennt“, erinnere. Die Darstellung hat einen wirklichen Hintergrund: Das Blickfeld des Autors reicht nicht weiter als bis zur ordentlich gestutzten Hecke des bürgerlichen Vorurteils. Anstelle von aggressiver Großmacht und Verteidigung der Revolution sieht die „SZ“ eine „kalten Kleinkrieg“.

Als Anfang der 90er Jahre die kubanische Revolution besonders gefährdet war, kam fast jede Diskussion über die Perspektiven des karibischen Sozialismus irgendwann auf die Frage: „Was meinst du – wird Kuba überleben?“ Als Aktivisten der Solidaritätsbewegung antworteten wir damals dasselbe wie heute: „Die Frage ist: Was können wir für das Überleben Kubas tun?“ Und das heißt besonders: Der antikommunistischen Meinungsmache entgegenzutreten.

Heinz W. Hammer

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**

**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen kostenlos testen**  
CompressVerlag, Hoffnungs-  
Str. 18, 45127 Essen  
info@unsere-zeit.de

### Worauf es ankommt

Es kommt im Augenblick  
nicht darauf an  
wann es war  
dass die Unterdrückerregierung  
in Israel  
sich verwandelt hat  
in eine Verbrecherregierung

Aber es kommt darauf an  
zu erkennen  
dass sie jetzt eine  
Verbrecherregierung ist

Es kommt auch nicht mehr  
darauf an  
darüber zu streiten  
nach welchem Vorbild  
sie ihre Verbrechen begeht.  
Diese Verbrechen selbst  
tragen sichtbar die Spur ihres Vorbilds.

Aber es kommt darauf an  
nicht nur klagend oder erstaunt  
den Kopf zu schütteln  
über diese Verbrechen  
sondern endlich  
etwas dagegen zu tun

Es kommt nicht darauf an  
was man ist  
Moslem, Christ, Jude, Freigeist:

Ein Mensch  
der ein Mensch ist  
kann nicht schweigen  
zu dem was geschieht.

Erich Fried  
(1921 - 1988)

**Redaktionsschluss für Okto-  
ber-Echo: Mi., 30. Sept.**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; ver-  
antw.: Erika Beltz, erscheint monatlich.  
Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl.  
Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Spar-  
kasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN:  
DE75 51350025 0000 1930 70, BIC  
SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an:  
Gießener Echo, Postfach 110226, 35347  
Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.  
Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

# Einheitsgewerkschaft

Was trägt das Prinzip der Einheit in Gegenwart und Zukunft?

mit **Prof. Dr. Frank Deppe**

Die politischen Bedingungen zur Entstehung der Einheitsgewerkschaft und deren Entwicklung sowie aktuelle Kontroversen wie das Tarifeinheitsgesetz.

am **Donnerstag, 10.9., 19 Uhr, DGB Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal**  
Veranstalter: DGB-Region und Jugend Mittelhessen

**Wetzlar:** Die gleiche Veranstaltung findet am Mittwoch, 16.9., 19 Uhr, Phantastische Bibliothek, Turmstraße 20 statt.

## Buchvorstellung + Diskussionsveranstaltung **Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links\*)**

Freitag, 18. September, 20 Uhr, DGB-Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal

**Referent + Autor: Wolfgang Gehrcke,**

MdB, stellvertr. Fraktionsvorsitzender und im Vorstand der Linkspartei

Veranstalter: Antifa-Plenum Gießen

\*) Papyrossa Verlag, 177 Seiten, 12.90 Euro, ISBN 978-3-89438-586-6

## TTIP & CETA stoppen!

Der DGB ruft auf zur Demonstration

„TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel“  
am **Samstag, 10. Oktober 2015 in Berlin.**

**Abfahrt der Busse aus Mittelhessen: 4.30 Uhr Messeplatz Ringallee**

Die Fahrt ist für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften kostenlos. Anmeldungen über Telefon: 0641/932780 oder E-Mail: giessen@dgb.de

## Filmabend „No Pasaran“

am **Donnerstag, 1. Oktober, 19 Uhr, DGB-Haus, Café Amelie**

Multinationaler Dokumentarfilm über Lebenswege und persönliche Schicksale von Freiwilligen, die im Spanischen Bürgerkrieg und im 2. Weltkrieg gegen den Faschismus gekämpft haben.

**In Marburg** wird der Film am Donnerstag, dem 8. Oktober um 19 Uhr im DGB-Haus gezeigt.

Veranst.: GI: Antifa-Plenum; MR: Antifa-Plenum und DGB Mittelhessen

**Widerstand  
gegen Hartz IV**  
montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern

**Die DKP Gießen gibts  
auch bei Facebook**

**Das Gießener  
Echo kostet Geld**

*Wir bitten um Spenden und  
die Bezahlung der Abo-Ge-  
bühren auf das Konto:*

**Sparkasse Gießen,  
IBAN: DE75 5135 0025  
0000 1930 70**

**Vorbereitungs-Aktionen  
„TTIP ist ein trojanisches  
Pferd“**

**Gießen:** 23.9. um 11 Uhr Kir-  
chenplatz, **Wetzlar:** 23.9 um 14  
Uhr Bahnhofstraße, **Marburg:**  
24.9. 14 Uhr vor dem Kino Cine-  
plex, Gerhard-Jahn-Platz



Vom 1. bis 3. Juli 2016 soll wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP stattfinden. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbuttons zu 10 bzw. 5 Euro.



news.dkp.de / dkp-giessen.de